

# Große Aue im Blick

## Hochwasserschutz: Stadt bemüht sich um Projektgelder

■ Von Friederike Niemeyer

Bad Holzhausen (WB). Die Stadt Preußisch Oldendorf sucht nach weiteren Möglichkeiten, den Hochwasserschutz in Bad Holzhausen zu verbessern. Dazu könnte ein kleines Teilstück der Großen Aue renaturiert werden.

Nach dem Starkregen im vergangenen Jahr mit seinem geschätzten Schaden von einer Million Euro in Bad Holzhausen sucht die Stadt nach Wegen, den Ablauf des Oberflächenwassers zu verbessern. So sollen in Zusammenarbeit mit dem Aueverband die Gräben besser gereinigt und angehoben werden. Der Bach nahe der Grenzstraße soll teilweise ver-

legt werden. Hier wartet die Stadt jetzt darauf, dass das Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird, sagte Stadtplaner Michael Reimann auf Anfrage dieser Zeitung.

Zusätzlich hat die Stadt Interesse am Weser-Werre-Else-Projekt (WWE) angemeldet. Damit könnte die Situation an der Großen Aue nahe der Gutswassermühle entschärft werden, und zwar in einem ökologisch sinnvollen und finanziell tragbaren Rahmen, wie Michael Reimann erläutert. Heute findet deshalb dort ein Ortstermin mit den Anliegern und Stadtvertretern sowie Carola Fürste statt. Sie ist WWE-Projekt Koordinatorin für Hüllhorst, Löhne und den Wasserverband Große Aue.

Es geht um ein etwa 200 Meter langes Teilstück der Großen Aue zwischen Wassermühle und Bahnhofstraße (Höhe Haltestelle Zur

Aue). Michael Reimann: »Der rechtwinklige Verlauf bei der Gaststätte zur Aue ist ein Knackpunkt, hier bildet sich immer wieder ein Rückstau«, sagt Reimann. Nachbargrundstücke würden die Möglichkeit bieten, diese Situation zu entschärfen, wenn das Gewässerprofil beispielsweise aufgeweitet werden könnte. Ob dies umsetzbar sei, müsse geklärt werden.

Das WWE-Projekt will seit 2003 den ökologischen Zustand der Gewässer in den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford verbessern. Renaturierungen von Wasserläufen gehören genauso dazu wie beispielsweise das Anlegen von Fischtreppen. Umgesetzt werden die Projekte, die meist auch dem Hochwasserschutz dienlich sind, von Arbeitslosen. 80 Prozent der Mittel übernimmt das Land, 20 Prozent die Kommune.